

Völlig offen, was aus Steinach wird

Henry Worm bezieht Stellung gegen einen Beitritt von Oberland nach Sonneberg. Stattdessen mahnt der CDU-Wahlkreisabgeordnete eine neuerliche Bürgerbefragung an.

Haselbach – „Wenig durchdacht“, „übereilt“ und „Schnellschuss“. Henry Worm lässt dieser Tage wenig Zweifel an seiner Meinung, wird er angesprochen auf den Gemeinderatsbeschluss pro Sonneberg in Oberland am Rennsteig (*Freies Wort* berichtete). Gerade mit Blick aufs klare Ergebnis der Befragung im Herbst 2009, als die Bürgerschaft zwischen Hüttengrund und Spechtsbrunn bei der Wahl zwischen Judenbach und Steinach klar der Brunnenstadt den Vorzug gab, erscheine ihm nun die Rats-Option, sich in die Spielzeugstadt eingliedern zu wollen, wenig hilfreich. „Die Frage ist doch, wenn man den Landkreis Sonneberg vor Augen hat, wie künftig die Konstellation aussehen soll?“ Den bestehenden Landkreis perspektivisch womöglich 1:1 als Stadt Sonneberg fortzuführen, sei kaum zielführend. „Schon gar nicht in dieser Art und Weise.“

Für den Landtagsabgeordneten aus Scheibe-Alsbach stellt sich insbesondere das Problem, wie es denn mit Steinach weitergehen soll. Lauscha bildet bekanntlich mit Neuhaus am Rennweg ein eigenes Mittelzentrum neben Sonneberg. Doch der Brunnenstadt fehlen vielleicht künftig die Einwohner, um ihre bislang vorgehaltene Infrastruktur allein bespielen zu können. Das gängigste Beispiel? „Die Skiarena. Die hat durchaus überregionale Bedeutung. Die muss aber auch finanziert werden, zumindest wenn es mal ein schlechtes Jahr gibt.“

Eine Brunnenstadt, die zwischen den beiden Mittelzentren kaum dauerhaft bestehen kann? Worm mag eine solche Ausgangslage nicht gut heißen. Auch glaubt er nicht, dass ein Zusammenschluss im Sinne aller Bürger ist. Von Hüttengrund oder Blechhammer aus gesehen, mögen die Wege ins Rathaus kürzer, für alle anderen aber deutlich weiter werden, gibt er zu Bedenken.

Damit rückt die Frage, ob man das Gemeindegebiet von Oberland am Rennsteig nicht besser gleich aufsplittet, auf die Tagesordnung. „Im Moment ist das nicht vorgesehen im Gesetz.“ Aber, so Worm, er habe be-

reits mit seiner Fraktionskollegin Beate Meißner einen Termin beim Innenminister erbeten, um dort in Erfahrung zu bringen, wie das Ministerium den Oberland-Vorstoß bewertet. Ob es darin tatsächlich ein „tragfähiges Konstrukt für die Zukunft“ ausmacht. Viel Skepsis schwingt da in den Worten Worms mit.

Zum allzu lauten Fürsprecher einer Aufspaltung der aus zehn Ortsteilen zusammengeführten Kommune mag er sich indes nicht machen. Die „Mehrarbeit“, die derlei mit sich bringt, wird ihm womöglich lebendig vor Augen stehen. Werde im Kreis Sonneberg der Präzedenzfall geschaffen, gebe es landesweit mindestens ein Dutzend weiterer Gemeinden, die eine vergleichbare Sonder-Lösung für sich einfordern: „Das weckt sofort Begehrlichkeiten. Ich will der Meinungsbildung des Innenministers aber deshalb nicht vorgreifen.“

Nicht eingeladen

Was bleibt? Worm verweist auf bereits getroffene Bekenntnisse, erinnert den Gemeinderat von Oberland daran, das Ergebnis der Einwohnerbefragung von 2009 für verbindlich erklärt zu haben – auch wenn die Mandatsträger selbst die Ehe lieber mit Judenbach schließen wollten. „Es gibt den Bürgern gegenüber eine entsprechende Verantwortung“, mahnt er. Zumindest müsste man die Wem-oder-Wem-Frage noch einmal angehen „und sie nicht einfach vom Tisch wischen“. Der 49-Jährige empfiehlt somit eine neuerliche Befragung: „Damit wäre man gut beraten.“

Eine solche freilich sah der Gemeinderatsbeschluss von Oberland nicht vor. Lediglich via Aufforderung im Amtsblatt soll den Bewohnern Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansicht kund zu tun.

Ob es dabei bleiben kann, muss als offen gelten. Bei *Freies Wort* meldete sich am Mittwoch eine Gruppe interessierter Bürger aus Haselbach. Demnach



Führt hier bald Sonneberg Regie?

werden bereits allerorten in der Kommune Unterschriften gesammelt, mittels derer eine neuerliches Bürger-votum gefordert wird. „Recht haben die Leute. Absolut verständlich“, kommentiert Worm diese Entwicklung. All seine Vorbehalte hätte er den Räten ansonsten gerne vor der entscheidenden Abstimmung aufgesagt. Das Angebot gab es seinerseits.

Am Schluss war der Zwischenruf des Scheibe-Alsbachers aber offensichtlich nicht gewollt. Eine Einladung zur Ratssitzung an ihn blieb jedenfalls aus. *anb*